

Antrag 2023/II/Arb/6

Kreis Harburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Sicherung des Industriestandorts Neuenfelde

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an Senat bzw. SPD-
- 2 Bürgerschaftsfraktion weiterleiten:
 - 3 1. Die diesbezüglich zuständigen sozialdemokratischen Senatorinnen und Senatoren sowie
 - 4 die Abgeordneten der SPD-Bürgerschaftsfraktion setzen sich dafür ein, dass das Gelände
 - 5 der ehemaligen Sietas-Werft in Neuenfelde zügig als Industriestandort weiterentwickelt
 - 6 wird.
 - 7 2. Zu diesem Zweck und um Bodenspekulation o.ä. zu verhindern wird die Stadt Hamburg
 - 8 bei der Mitte kommenden Jahres anstehenden Zwangsversteigerungsverfahren mitbie-
 - 9 ten und die ehemalige Werft erwerben.
 - 10 3. Sodann wird die Stadt ein Weiternutzungskonzept für das Gelände entwickeln bzw. ent-
 - 11 wickeln lassen, das eine Weiterbeschäftigungsgarantie für die verbliebenen 17 Mitarbei-
 - 12 terinnen und Mitarbeiter der Sietas-Werft beinhaltet.

13 Begründung

14 Hamburg-Neuenfelde ist ein traditionsreicher Industriestandort. Seit 1635 wurden auf der
15 Sietas-Werft Schiffe gebaut. Zigtausende von Menschen waren hier zeitweise beschäftigt und
16 sicherten ihren Familien die Existenz. Im Gegensatz zu sehr vielen anderen Werftbetrieben in
17 Hamburg überstand Sietas das Werftensterben der 70er und 80er Jahre durch eine Fokussie-
18 rung auf qualitativ hochwertige Container-Feederschiffe, was lange Zeit volle Auftragsbücher
19 sicherte. Erst Probleme mit der zunehmenden Verschlickung ihrer Hafengebiete und ein Miss-
20 management z.B. bei der Wahl der Zulieferer durch die russische Pella Shipyard Group, die seit
21 2014 Eigentümerin der nun Pella-Sietas genannten Werft war, führten im August 2021 zur Insol-
22 venz. Gegenwärtig sind von 300 Mitarbeiter*innen noch rund 17 Personen über den Insolvenz-
23 verwalter auf der Sietas-Werft beschäftigt, die mit der Fremd-Vermietung der alten Werkshal-
24 len o.ä. betraut sind.

25 Mitte kommenden Jahres wird es im Rahmen des Insolvenzverfahrens zu einer Zwangsverstei-
26 gerung kommen. Damit besteht die Gefahr, dass Werft und Gelände zu Spekulationsobjekten
27 werden und die wenigen verbliebenen, in der Regel dem Rentenalter bereits nahestehenden
28 Mitarbeiter*innen vor Ort ihre Beschäftigung verlieren.

29 Hamburg darf es nicht erlauben, dass wichtige Industriekomplexe oder sonstige Gelände einer
30 fruchtbringenden Nach- oder Weiternutzung durch Spekulation entzogen werden. Vielmehr
31 gilt es, dass die öffentliche Hand bei der Stadtentwicklung eine noch aktivere Rolle einnimmt.
32 Am effektivsten kann ihr das als Eigentümerin gelingen. Ferner muss es unser Anspruch als

- 33 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sein, diesen Prozess nicht zuletzt von Seiten der
- 34 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen und entsprechend zu gestalten.